

Ersteinstufig
nachmitt. mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 90 Pf.
vierteljährlich 1.50 Mk.
Halbjährlich 2.70 Mk.
Jahrespreis 4.80 Mk.
wird die Post bezogen
1.00 Mk. nach Nachzahlung.

Die Neue Welt
(Anschaffungsbeilage),
wird die Post nicht bezogen,
sonst monatlich 10 Pf.
vierteljährlich 30 Pf.

Telephon Nr. 1047.
Colognum-Abreise:
Postkassett Postkassette.

Die Neue Welt

Sozialdemokratisches Organ

Interaktionsgebühr
besteht für die Expedition
Postkarte oder deren Raum
50 Pf. für Wohnort-
Partei- oder Geschäfts-
anmeldungs-Bescheinigung
10 Pf. für Expeditionen und
wird die Seite 76 Pf. bezahlt.

Inserate
für die fällige Nummer
müssen spätestens bis um
mittags halb 10 Uhr in der
Expedition abgegeben
sein.

Eingetragen in die
Postregierungs-Liste
unter Nr. 7909

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Baumburg-Weißfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion: Geisstr. 21. Hof 2 Cr

Expedition: Geisstr. 21. Hof

Die armenische Frage.

In diesen Tagen findet zu Brüssel ein Kongreß zu Gunsten des armenischen Volkes statt. Hervorragende Vertreter der internationalen Sozialdemokratie werden an diesem Kongresse teilnehmen, so von der deutschen Sozialdemokratie Babel und Bernstein. In weiten Kreisen des deutschen Volkes, auch in der Arbeiterkategorie, herrscht freilich eine große Gleichgültigkeit gegen die Leiden des von den Türken in seiner Existenz bedrohten Volkes, ja viele Deutsche wissen nicht einmal, daß ein solches Volk existiert. Der deutsche Viehhändler, der den Mund nicht voll genug nehmen konnte, wenn er gegen die Vergewaltigung der Büren durch die Engländer in grimmigen Wiederkämpfen wehrte, schmeigt zur Vergewaltigung des armenischen Volkes lächelnd. Es ist sehr erklärlich, denn die Arbeiter der Bürenbegeisterung war im letzten Grunde der Bürenneid gegen Englands Industrie und Handel. Für die Armenier fehlt dem deutschen Bürgertum das Interesse, da bei der armenischen Frage Rücksicht auf den Profit nicht mitzureden hat. Die Sozialdemokratie aber hat die Pflicht, dem unglücklichen Volke in seinen Leiden zu Hilfe zu kommen, macht sie doch darauf Anspruch, international zu sein. Und wenn auch in Deutschland noch genug Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Ausbeutung zu bekämpfen sind, so darf das die deutsche Sozialdemokratie nicht hindern, auch gegen die Leiden fremder Völker Einspruch zu erheben. Denn die politische Krise der deutschen Sozialdemokratie muß immer mehr dazu führen, daß die auswärtige Politik nun endlich nach freisinnigen Prinzipien und Gesichtspunkten gestaltet werde.

Welche Bedeutung hat es nun mit den armenischen Volk? Soweit man in Deutschland etwas von diesem Volke weiß, glaubt man fast allgemein an das Märchen, daß dasselbe sich nur aus einer Masse von Großtaugelassen, Wüchsern, Gaunern u. s. w. zusammensetzt. Es ist dies eine Legende, wie es so viele über fremde Völker und Länder giebt. Wir wollen daher versuchen, unseren Lesern kurz ein thatsächliches Bild über das armenische Volk zu geben.

Das alte kleinasiatische Reich Armenien verlor seine Selbstständigkeit und heute gehört ein Teil zu Rußland, ein Teil zu Persien und der größte Teil zur Türkei. Der letztere Teil mag ungefähr jetzt noch den Flächen-Wiedermessungen durch die türkischen Generalstabes nach ungefähr 1 Millionen Seelen umfassen. Die Armenier sind Christen, und somit besteht ein scharfer Gegensatz zu den mohammedanischen Türken; ein Gegensatz, der sich aber religiöser Natur ist, in Wirklichkeit im Orient aber gleichzeitig einen scharfen nationalen Gegensatz bedeutet. Das armenische Volk sieht im Mittelpunkt seiner großen Frage, die man die orientalische Frage nennt und die irgend eine Zeit wiederum von neuem die kulturvölkische westlich in Anspruch nehmen, den Frieden unter den westeuropäischen Kulturnationen führen, einen Streitpunkt zwischen diese Staaten werfen und infolgedessen kulturhemmend wirken kann.

Das armenische Volk besteht zum größten Teil aus Kleinbauern und kleinen Handwerkern. Die Masse der Geldwechler und Wucherer ist numerisch so gering, daß sie kaum gezählt

werden kann. Die wenigen Armenier allerdings, die sich mit Geschäften befassen, haben alle die Eigenschaften, die das Geschick mit sich bringt. Sie sind eben genau so gerietlich und profitlich wie es jüdisch, griechisch und alle anderen Geschäftsmenschen sind. Ferner sind die Armenier den Türken gleichgestellt; sie werden aber nichts weniger als gleichberechtigt behandelt. Unglaublich hohe Ausnahmesteuern bringen die Armenier in die größte Not, ruinieren sie wirtschaftlich. Die Steuererträge werden von den Türken, wie im 18. Jahrhundert vielfach in Europa, verpackt, und zwar auf dem Wege der Auktion an den Meistbietenden, der dann die Steuern mit Hilfe der Gendarmen rüchelloslos eintrreibt. Jedoch ist die Steuertrage das geringste der armenischen Leiden.

Der größte Teil des armenischen Gebietes der Türkei liegt an den Abhängen der Gebirgsketten, die sich vom Ararat her westwärts hinziehen. Auf den flachen Gebirgsflanken wohnen die Kurden, und weiter westlich die Tschirgessen, mohammedanische Hirtenstämme, welche die rauhen Steilen der Nomaden haben, rauf- und raublustige Krieger sind, mit denen die Türken niemals fertig werden. Sie sind die Geißel und der Schrecken der armenischen Talbevölkerung. Der Kurde betrachtet den armenischen Bauer als sein Ausbeutungsojekt. Wenn dessen Vieh Junge geworfen hat, kommt der Kurde oder der Tschirgese und erpreßt einen Teil davon als Tribut von den Bauern. Um dort aber rauben zu können, finden immer wieder, ungehindert von der türkischen Regierung und den europäischen Staatsmännern, Mord und Plündermorde statt. In einer Note vom 11. Mai 1895 wurde durch die türkischen Regierung ein Verbot erlassen, den Kurden vorzugehen. Das den Armeniern aber nicht einmal die unabhängige Selbstverwaltung ihrer Gemeinden und Provinzen verweigert. Natürlich nahm die türkische Regierung äußerlich die Forderungen der Mächte an.

Der Sultan ließ sogar dem damaligen englischen Premierminister, Lord Salisbury, mitteilen, er sehe mit keinem Ehrenwort für die unerbittliche Durchführung ein. Aber wie haben er und seine Kreaturen das Versprechen eingelöst! Es wurden nun gerade die ungeheuerlichsten Verbrechen ins Werk gesetzt, Massenabschlachtungen, die geradezu darauf zugeschnitten waren, das armenische Volk als solches vollständig vom Erdboden zu vertilgen, Schlächtereien, wie sie die Geschichte in gleichem Umfang und in gleicher Schrecklichkeit noch nicht gesehen hat, ohne daß der Sultan auch nur im geringsten einschritt.

Auch die europäischen Mächte blieben angedeutet der blutigen Verwüftung des Volkes, dessen ganze Verbrecher darin besteht, eine andere Religion und andere Untertanen zu haben, frumm und unthätig. Und doch hatte Europa, und mit Europa die deutsche Regierung eine direkte Verpflichtung dem armenischen Volke gegenüber einzutreten. Unsere deutsche Reichsregierung hat im Verein mit anderen Regierungen Europas im Juli 1878 auf dem Berliner Kongreß, ihrer Zusammenkunft, welche die Großmächte nach Ablauf des letzten russisch-türkischen Krieges abgehalten haben, ganz bestimmte Verpflichtungen gegenüber den armenischen Völkern übernommen, und für die Akte der Regierungen sind nun heute einmal die Völker mit verantwortlich. Namentlich dann, wenn es sich um Forderungen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit handelt, und die Regierungen ihre ein-

gegangenen Verpflichtungen nicht erfüllen, ist es die Aufgabe der Völker, die Regierenden energisch an die Einhaltung ihrer Schuld zu mahnen.

Ausland zuzug im Jahre 1878 den Frieden zu San Stefano der Türkei auf und wurde durch ihn folgenden der kurdischen Protektor der Armenier, d. h. der Schutzherr, dem von seiten der Türkei das Recht zuerkannt wurde, über das Wohl der auf ihrem Gebiete wohnenden christlichen Bevölkerung zu wachen. Freilich schritt 1878 Europa auf Veranlassung des englischen Staatsmannes Disraeli gegen den Vertrag von San Stefano ein, entzog Ausland im Berliner Vertrag seiner Sonderpflicht, über die Armenier zu wachen und nahm ausdrücklich diese Pflicht auf sich. Wie es diese Verpflichtung erfüllt hat, geht aus der Thatsache hervor, daß heute das armenische Volk vor dem Abzug nicht und täglich blutigen Verletzungen ausgesetzt ist. Die armenischen Staatsmänner haben nichts, auch nicht das geringste getan, um die Leiden des unglücklichen Volkes zu lindern. Und auch Deutschland hat zu den himmelschreienden Grausamkeiten geschwiegen, im Gegenteil die Türkei mit Beweisen seiner unigen Freundschaft beglückt.

Als Genosse Gradnauer im Reichstage die armenische Frage anschnitt, meinte Bismarck, Deutschland könne nicht der Hans Dampf in allen Gassen sein. Dieser Grundatz stimmt jedoch, und es wäre nur wünschenswert, daß recht oft nach demselben unter dem jetzigen Reich-Ratsherr gehandelt würde, aber im Falle der Armenier liegt ein Vertrag vor, der gehalten werden muß, und so viel weiß Graf Bismarck auch, daß die Armenier sich nicht selbst helfen können, daß für sie die Hilfe von außen kommen muß.

Wenn die Bündnisdiplomatie hier versagt, so müssen die Völker ihre Stimme erheben. Und in diesem Sinne wird der in Brüssel stattfindende Kongreß, den zu verhindern sich die Mächte rechtlich Mühe gegeben hat, seine Aufgabe auffassen. In Deutschland hat Genosse Bernstein in Berlin den Anfang mit der Protestbewegung gegen türkische Grausamkeit und europäische Gleichgültigkeit gemacht. Am 26. Juni hielt er in einer stark beleuchteten Volksversammlung einen Vortrag über: Die Leiden des armenischen Volkes und die Pflichten Europas. Dieser Vortrag ist jetzt auch, um ihm eine weitere Verbreitung zu sichern, im Buchhandel erschienen. (Verlag von John Gutschke, Berlin, 50 Pf.) Im Interesse einer wahren Humanität ist zu wünschen, daß die Ausführungen des Genossen Bernstein in immer weiteren Kreisen bekannt werden, damit dem Volke immer mehr der Erkenntnis aufgehe, daß die heutigen Staatsregierungen in der Durchführung von wahren Kulturfragen versagen, und daß Kulturfortschritte nur aus der Kraft des Volkes heraus geboren werden können.

Der Brüsseler Kongreß möge aber durch seine Beschlüsse dazu beitragen, daß dem armen, verfolgten armenischen Volk nun endlich thatsächliche Hilfe zu teil werde.

Zum Zollkrieg.

Die Tarifkommission erledigte am getrigen Dienstag die Positionen 008 bis 623 des Tarifs (Fischerei, Horntrödie,

92)

(Nachdr. verb.)

Am die Freiheit.

Geschichtlicher Roman aus dem Deutschen Bauernkrieg 1525 von Robert Schweißel.

Unter diesen waren die Abgeordneten der Bauernschaft vor Mäte und Ausschuss getreten, welche in dem großen länglichen Saale versammelt waren, in dem vor nicht drei Wochen die neuemählten Körperverordneten den Amtseid geleistet hatten. Die Mätschren waren alle die lange schwarze Antze und das flache schwarze Barett. Georg Berner, der Bürgermeister, nahm den erhöhten Steinisch ein; auf den um eine Stufe niedrigeren Schöffenbänken zu beiden Seiten hatten die dreizehn Mitglieder des Inneren Rates Platz genommen; vor den feineren Schranken auf eigenen Bänken an den Wänden entlang rechts der Weinger Rat, links der Ausschuss. Für die Gefandten standen innerhalb der Schranken Stühle mit hohen Lehnen bereit.

Norian Geier begrüßte die Versammlung mit ritterlichem Anstande und begann von der Bedeutung des zu schließenden Bündnisses zu reden. Er sprach schlicht und klar, aber mit großem Ernst und Nachdruck.

„Als Freunde und christliche liebe Brüder vereinigen wir uns“, so sprach er, „um einen Vertrag, der vor allen Dingen dahin sich erstreckt, daß das göttliche Wort, das heilige Evangelium, frei, lauter, klar, ohne menschlichen Zusatz gepredigt und erhalten werde. Es darf nicht gestattet werden, daß seine Feinde dasselbe fernerhin unterdrücken; denn nur so wird auch der einmütige Mann zur rechten Erkenntnis des wahren kommen. Der arme, gemeine Mann ist aber seit langer Zeit mit ungewöhnlichen, unheimlichen Diensten, Fronen, Lasten und Verschwerden überhäuft worden, wie Jäm am besten wissen werden. Damit aber sein Recht nicht verlohren geht, wird er durch den Wettschlag gebracht werde, so ist es der Wille unserer Brüderlichkeit, daß bis zum Ausgang der Sachen denselben niemand zu bedrängen wage. Nicht Zins, Gült, Rente, Handlohn, Hauptrecht, Schenker oder dergleichen werden gegeben bis zur Reformation durch das Evangelium. Was dieses umfließt,

holl umgesehen bleiben, was dieses aufrichtet, soll aufgerichtet bleiben. Wir haben dieses wohlüberlegt beschlossen, damit die Sache desto eher zum Austrag kommen möge.“

Da ruschte es auf durch den Saal; auf den Bänken des Ausschusses ertönte Beifall, auf denen der Mäte Seuzen, Murren, Widerspruch. Norian Geier erhob seine Stimme und erklärte, daß es ferneswegs die Absicht der Bauernschaft sei, die Bürgen des Volkes ganz aufzuheben; es sollte vielmehr in jeder Stadt Rat, Ausschuss und Gemeinde über die, was zur Erhaltung der Stadt notwendig ist, sich verständigen und so viel als Steuer festsetzen. Auch wolle die Brüderlichkeit nicht, daß die Obrigkeit einer Stadt irgend etwas, das sie bisher mit dem Willen der Gemeinde ansah, einseitig werde. Es solle ihr heimlich geschwiegen werden, und was darüber handle und sich empöre, der werde nach Erkenntnis der Hauptleute des hellen Bauerns scharf gefasst werden. Wenn aber eine ganze Gemeinde gegen ihren Rat Aufbruch erhebe, so werde ihm die Hilfe der verbündeten Bauernschaft nicht mangeln.

Er schloß: „Die Brüder der Geschlichen dürfen nicht mutwillig geschickt werden, sondern man soll einige redliche Männer herordnen, die sie unter der Aufsicht des Rates und der Gemeinde einziehen und verwahren, so vorteilhaft wie es nur sein kann, und zwar zum Nutzen der ganzen Brüderlichkeit. Doch bedenket aber, daß auch die Geschlichen Christenmenschen sind. Es ist unredlich, sie mit schändlichen Worten und unbilligen Beschuldigungen zu kränken. Ihr dürft sie nicht ganz an den Wettschlag werfen, sondern so viel müßt ihr ihnen guttun, als zur Lebensnahrung gehört.“

Bürgermeister und Mäte saßen in einer armen Hemme. Da sie kein Handwerk betrieben, sondern auf ihre Einkünfte aus ihren Gütern angewiesen waren, wovon sollten sie leben, wenn keine Gültten, Zehnten und Rentenbriefe mehr bezahlt würden? Gegen das Bündnis mit dem fränkischen Heere sich zu wehren, fühlten sie sich zu ohnmächtig. Wohin sie auch die Blide wendeten, es schante nur das eine Gute aus der Brüderlichkeit heraus, daß dieselbe, in Norian Geier versprochen hatte, Menschen und Vieh zu beschützen, ihnen ihre Macht und Aufsicht. Vor dem Schwäbischen Heere, dessen Mitglieder die Stadt war, konnte man sich wohl durch den Zwang der Notwendigkeit rechtfertigen.

Der Schultheiß Besold kam ihnen zu Hilfe: „Es stehe nicht in der Macht der Gefandten, den Artikel über die einflussreiche

Aufhebung der Zehnten und Zinsen zu verändern, erklärte er und hat sie, ihn nicht zu schwer zu nehmen. „Denn es läßt sich voraussehen“, fuhr er fort, „daß die Sache bald erledigt wird. Nicht deswegen haben wir den Anbruch begonnen, daß gar keine Gült oder Rent mehr gegeben werde, sondern daß man sich nach der Billigkeit darüber vergleiche. Alles zu verweigern, wäre nicht christlich. Wir eruchen Euch, drei oder vier aus Eurer Mitte zu uns zu senden, damit sie in unserem Rat eine Stimme haben. Das würde Eure Sünden sühnen. Sollte sich der Krieg in die Länge ziehen, so werden die Hauptleute und Mäte ein Mittel finden, die harte Sache zu mildern. Auch andere Herrschaften und Herren vom Adel, denen es sehr beschwerlich war, haben sich gefügt. Wenn wir eigenmächtig etwas ändern, so würde man uns bei der Mätschren im Lager die Köpfe abhauen.“

Einem letzten Trost gewandte er ihnen durch die Beteuerung, daß sie mit dem wegen der Weinsberger That gefürchteten Hauden der Odemänner und Redartaler nur so weit verbunden würden, als sie die Franken, es wären.

Darum ergehen sie Bürgermeister und Rat schweigen bezogen und nahmen samt dem Ausschuss durch Abstimmung die Artikel der Bauernschaft an. Auch die beiden Geschliche nebst Stadtmeister und allem Jubelher, welche die Gefandten verlangten, wurden bewilligt. Zum Schluß befragte Norian Geier, ob einen Tag anzuherkommen, an dem der Rat, Ausschuss und Gemeinde die Pflicht der Brüderlichkeit den verbündeten Bauern schämen und dagegen die Gefandten in deren Namen den Eid der Treue ablegen sollten. Es wurde dazu der nächste Morgen angesetzt.

Die Wahl der städtischen Vertreter ging nicht glatt von flatten. Denn in der Berührung, als Einem das dienen zu müssen, wenn die Sache leicht ging, wollte keiner die Wahl annehmen. Der eine entschuldigte sich mit der nahen Weidenschaft seines Weibes, ein anderer, weil er als Junggelei zu solchen Dingen nichts nütze sei. Die Anhänger der alten Partei erklärten, daß sie doch lieber in den tiefsten Turm werfen lassen wollten. Stephan von Wensingen lehnte die Wahl ab, weil er argwöhnte, daß man ihn auf diese Weise aus der Stadt entfernen wollte, was er allerdings nicht dulden wollte.

(Fortsetzung folgt.)

Reichsholz, Brenn aus tierischen Schmelzöfen, Bau- und Nutzholz, Feuertenn, Spunde, Säcke, Fässer, Spulen, Spindeln, Holzbrot, Holzgeist.

Entsprechend einem Antrag Spahn beschloß die Kommission, den Zoll für glatte Spinnrohre nach über die Zolltarifvorlage hinaus von 40 auf 60 M. zu erhöhen, nachdem Staatssekretär Graf Hofadomsky sich für den Antrag Spahn erklärt hatte. Entsprechend der Regierungsvorlage wurde der Zoll für rohes Bau- und Nutzholz von 3 auf 6 M. erhöht, ebenso entsprechend der Regierungsvorlage der Zoll für bearbeitetes Bau- und Nutzholz wie bisher auf 10 M. festgesetzt. Staatssekretär Graf Hofadomsky erklärte, es gebe in Rede weite Flächen, welche besser unter Wald gelegt, als zu Acker bestellt würden. Das ginge aber nicht ohne Jochzucht. So habe er, als er noch in Polen war, wunderbare Rotbuchenwälder gesehen, die der Jochzucht aber nicht habe vermehren können. Das Rotbuchenholz sei auf dem Stamm verkauft, während auf der Barthe Kälberholz aus Galizien eingeführt worden sei. Zum Zweck unserer Wälder müsse nicht nur das Nutzholz sondern auch das Holzzeug mit Jochen belegt werden. Denn der Jochtarif habe die Aufgabe, dahin zu wirken, daß die inländische Industrie der ausländischen gleichgestellt werde auch da, wo diese infolge günstigerer klimatischer Verhältnisse, sowie billiger Arbeitslöhne von Hause aus bevorzugt ist.

Die Sach-Roburg (reit.) tritt für Zollfreiheit beim für einen Zoll von 3 M. ein. — **Franckau** (Soz.) ist wohl für eine Hebung der Kultur des Waldes, aber dazu bedürfte es anderer Förderungsmitel als eines Zolles. Wenn die Sozialdemokratie in den preussischen Landtag eindringen werde, werde sie auch dort der preussischen Forstwirtschaft näher treten. Der Zoll schädige eher die Forstwirtschaft.

Die Position wird nach der Vorlage angenommen. Auch bei allen anderen Positionen werden die Anträge der Sozialdemokraten auf Zollfreiheit abgelehnt.

Nächste Sitzung am Mittwoch.

Tagesgeschichte.

Salle, 10. Juli.

Der Stechbrief der Prager Polizei.

Der vielermählte „Stechbrief“ beginnt mit folgenden Worten: „Kaiser Wilhelm, Sohn des in Charlottenburg bei Berlin wohnhaften Kaisers Friedrich.“ — Da dann von Bismarck die Rede ist und von der Anrede in Marienburg, ist es wirklich schwer zu begreifen, daß die Prager Polizei nicht sofort hinter den wahren Zweck des Schreibens gekommen sein soll. Jedenfalls wäre die Prager Polizei, wenn sie den Worten nicht so froh gedenkt hat, dummer gewesen, als — die Polizei erlauben darf. Allerdings scheint bei der Prager Polizei auch sonst nicht alles in Ordnung zu sein; denn dem Vornamen wird aus der Hauptstadt des Bismarcklandes geschrieben:

Die Prager Polizei, geistig verwandt mit der sizilianischen Camorra — sie rekrutiert ihre Spitzel aus Dieben und Gaunern und vergibt nur an solche die Konfessionen vom Kalten von Bordellen — berührt durch ihre grenzenlose Wut gegen die Sozialdemokraten, ist von den Jungtschechen in letzter Zeit auch in das Bereich ihrer nationalen Forderungen einbezogen worden. Dies bedeutet nämlich so viel, daß bei Verletzung irgend eines höheren Ansehens unter untern nationalen Bourgeoisien immer Streit entsteht, weil von ihnen den Völkern mit ihrem Protekte (Schilling) beizugehen soll. Unsere fürsorgliche Regierung nützt solche Gelegenheiten immer für ihre Zwecke sehr gut aus, sie fordert und erhält auch für die Vergebung solcher Posten irgend einen Nebenanspruch. Dies nennt man hierzulande nationale Politik.

So konnte es auch geschehen, daß der von der jungtschechischen Partei protegierte Polizeichef Krivava, obwohl er kaum die Altersgrenze erreichte, wo es die fündigsten Polizeichefe kaum höher als zum Polizeirat bringen, Polizeidirektor von Prag wurde. Krivava hat nämlich als ganz junger Polizeibeamter „Gründe“ für die Verhängung des Ausnahmestandes über Prag und Umgebung im Jahre 1893 erfinden, und dies wurde ihm von der damaligen rätionalen Regierung Vindictivrecht hoch angerechnet, er wurde dafür auch außerordentlich befördert. Die Jungtschechen, welche den Ausnahmestand als blutige Schmach bezeichnen, sind heute ganz entgegengesetzter Meinung, indem sie den Begründer des Ausnahmestandes auf ihren Schild erheben.

Polizeichef Krivava wird also als Stößhahn der Jungtschechen zu dem kleinbürgerlichen politischen Radikalismus geredet. Und da wollte irgend ein strebsamer Beamter, der eben jetzt herrschende Strömung unter den Jungtschechen Rechnung tragend, den Hofgebern seines Chefs eine Geistesleistung erwiesen und veröffentlichte in Nr. 27 des Amtsblattes vom 5. Juli 1894, das in der Statthalterei-Druckerei hergestellt wird, auf Seite 4 den Stechbrief gegen Wilhelm II.

Die Veröffentlichung dieses amtlichen Stechbriefes machte natürlich großes Aufsehen; man will jetzt die ganze Sache auf eine Mythisation schieben. Je länger aber die Sache unterjucht wird, desto klarer wird es, daß es sich hier kaum um eine Mythisation handelte. Obwar die Intelligenz der Prager Polizei, welche nur vom Naderatum (Mittagsproben) lebt und anonyme Anzeigen als einzigen Verhaltungsgrund ansieht, sehr tief ist, läßt sich doch keinesfalls annehmen, daß ein Polizeibeamter und wenn's auch nur ein Prager ist — nicht auf den ersten Blick erkennen müßte, worum es sich handelte. Und wenn schon der betreffende Polizeibeamte die Tragweite des amtlichen Stechbriefes nicht erfaßte, wie soll man sich dann den Unfand erklären, daß seiner überdeutlich aufgetragenen Sinn auch die anderen bei der Herrichtung des Amtsblattes beteiligten Personen nicht sofort begriffen?

Die heutige Mittagsausgabe der Bohemia teilt noch folgende sehr charakteristische Einzelheiten mit: „Entgegen den Behauptungen einzelner Blätter, daß der Stechbrief, der im hiesigen Polizei-Anzeiger abgedruckt worden ist, in polnischer Sprache eingedruckt wurde, erfahren wir von maßgebender Seite, daß der Text in deutscher Sprache abgefaßt war. Die betreffende Korrespondenzartikler trug die Adresse „An den Magistrat der Stadt Prag.“ Die Karte ist auch von der Post dem Magistrat zugestellt worden, der, sie da die Sicherheitspolizei nicht in sein Ressort gehört, der Polizeidirektor abtrug.“

Dies in kurzen Zügen die Geschichte des Stechbriefes der Prager Polizeidirektion gegen Kaiser Wilhelm II.

Wammon und Menschenleben.

Als in der Nacht zum Sonntag ein Haveldampfer nach Berlin zurückfuhr und gegen Mitternacht in Spanbau anlegte, tauchte mit einem Male an Bord des Dampfers der Gerichts-vollzieher Petral und mit ihm als Beistand der Polizeikommissionar Rittner auf, um den Kapitän zu beschuldigen; dieser sollte zu Leistung des Offenbarungseides gezwungen werden. In der That erfolgte alsbald die Verhaftung und Abführung des Kapitäns. Der Steuermann übernahm nun die Führung des Dampfers, der seine Fahrt in der

Richtung nach Berlin fortsetzte. Wohlhabend gab es einen furchtbaren Schreck. Der Dampfer war mit voller Kraft gegen die Leichter Eisenbahnbrücke gefahren und sah nun fest; der Anprall erfolgte in dem Augenblick, als ein Eisenbahnzug über die Brücke fuhr. Am Bord entstand eine entsetzliche Panik. Viele erlitterten vom Schiffe aus die Eisenbahnbrücke, weil sie fürchteten, das Fahrzeug sei stark beschädigt und würde untergehen. Andere warfen sich platt auf dem Decke nieder, weil sich unmittelbar über ihnen die eisernen Träger der Brücke befanden; angstvolle Stille herrschte in der Nacht hinein und wurden an den Ufern benommen; nach etwa einer Viertelstunde fürchterlicher Aufregung erhielten die Bemerkungen die erlebte Hilfe. Der Schleppdampfer Freig legte sich dem festgefahrenen Schiffe zur Seite und nahm die Passagiere an Bord, um sie am Land zu bringen. Die Passagiere nun sämtlich mit der Eisenbahn nach Berlin zurück; wie durch ein Wunder hind sie, abgesehen von einigen leichten Verletzungen und Abschürfungen, unbeschädigt geblieben.

Die „Schuld“ an diesem Unfall trägt, wie man mit aufschuldigster Gerechtigkeit, der Steuermann. Uns aber erscheint unangehörig, daß Gerichts-vollzieher und Polizeist. den Kapitän während des Dienstes verhafteten und so, um schändlichen Mommens willen, hundert Menschenleben gefährdeten. Aber die Geschichte paßt zur „gottgewollten Ordnung“, in der das Geld regiert!

Beweis nicht erbracht.

In einer Verurteilung der Bergarbeiter auf der Zeche Holland in Wattenfeld, Anfang April, wurde bekannt gegeben, daß eine Schichtverlängerung die Jehntunfendigkeit bewirkt habe und daß die Verletzungen geprügelt wurden. Diese Schicksale wurden von der Untersuchungsstelle natürlich in Abrede gestellt, und gegen Genossen Reimerters, Mediziner der Deutschen Bergarbeiterzeitung, die einen Bericht über die Verurteilung aufgenommen hatte, erlosb der Staatsanwalt „im öffentlichen Interesse“ Klage. Vor Gericht erklärte die Vertreter, die Schicht betrage 8, allenfalls 9 Stunden, freilich expl. Ein- und Ausfahrt. Die Arbeiter dagegen bezeichnen die Schichtdauer nach der Zeit des Gesamtanfehthals unter Tage. Die Vernehmung dreier Bergleute liefert den unumstößlichen Beweis, daß die Jungen geprügelt wurden. Steiger Sp. giebt das auch schließlich zu, aber die Schläge könnten den Jungen nicht weh getan haben.

Der Staatsanwalt führte aus: Der Artikel in der Bergarbeiterzeitung ist lachwürdig. Er sei in der Form sehr beleidigend und gehässig. Bezüglich der Prügel sei der in der Zeitung Artikel darauf ausgegangen, die Meinung zu erwecken, als ob es Holland hienach die Jungen geprügelt wurden. Der Beweis ist nicht erbracht. Die Beamten haben auch ein gewisses Recht zu ihrem Verhalten. Ein jeder der Verurteilung bekomme Prügel. (M) Er beantrage eine Geldstrafe von 500 M. nebst den üblichen Nebenfolgen.

Der Verteidiger betonte, daß ein systematisches Prügeln gar nicht behauptet worden war und im übrigen alles bewiesen sei. Aber das Urteil lautete: Der Angeklagte ist der Beleidigung für schuldig befunden. Das Gericht sieht in dem Beschlagnahme nicht die Einführung der Jehntunfendigkeit, steht überhaupt auf dem Standpunkt, daß die Schichtzeit vor Ort gilt von Alters her. Dagegen hat das Gericht für erwiesen erachtet die Angaben des Angeklagten über die Prügelung der Bergleute. In der Form sei der Artikel nicht beleidigend. Durch die nicht beweisbare Behauptung, die Jehntunfendigkeit sei auf Zeche Holland eingeführt, seien die Herren Jenken und Puffmann beleidigt, und wird auf 200 M. Geldstrafe, event. für je 5 M. einen Tag Gefängnis, erkannt.

Kein Simplicissimus-Geist.

Zur Verwollständigung des Bildes über den unter den Kieler Professoren maßgebenden Geist, der beim Verbot des Simplicissimus so unterfäßt zu Tage trat, teilt die Zähl. Arb.-Ztg. mit: „Die Universität Kiel zählt zu ihren Lehrern einige Männer, die durch hervorragende Leistungen berühmt geworden sind, so der Zoologe Ferdinand Trautwein, der Sanitätsforscher Paul Deussen, der Zoologe Genies. Andere Mitglieder jener Universität erregen auf andere Weise die öffentliche Aufmerksamkeit; er erzählt man sich von einem reichen Generalsquartiermeister, daß er eines Tages seine Freunde, seine Bekannten und die Spitze der Gesellschaft mit der ihm lithographierten Ausgabe erkaufte, er habe — seinen Uebertritt zum Christentum vollzogen. Bis dahin hatte er — einer anderen Konfession angehört.“

Redt kleinlaut.

lang die Beschwärde, die gestern der Zentrumsgesandneter Leiter im bairischen Landtag über den Mikritrit Landmanns führte. Landmann sei der liberalen Minorität zum Opfer gefallen. Der Ministerpräsident erwiderte, Landmann sei thatsächlich krank und werde nicht der liberalen Partei geopfert.

Speisung von Kindern in Londoner Schulen. Das Komitee des Londoner Schul-Ward, welches die Speisung der ungenügend begabten Schulkinder zu leiten hat, erstattete dieser Tage Bericht über seine Tätigkeit. Danach wurden vom November 1901 bis Oktober 1902 in 184 Schulen, von welchen Berichte einliefen, insgesamt 20685 Kinder gespeist. Das einzelne Kind wurde auf die Dauer von 20 Wochen bis herab zu 5 oder 4 Wochen in der Regel mit 2 oder 3 Mahlzeiten pro Woche bedacht. Die Zahl der im Vorjahre gespeisten Kinder betrug 18857, jedoch waren aus einzelnen Schulen keine Berichte eingegangen; dieses Jahr fehlten nur die Berichte von 9 Schulen. Das Komitee befaßte sich, daß in einzelnen Schulen ein Teil der Lehrer oder aber der Heister in weigern, ein Komitee zu bilden, welches die Aufgabe übernehmen könnte, für die Speisung der Schulkinder zu sorgen. Ferner erhebt das Komitee Beschwerde, daß seine Anordnungen nicht immer Folge geleistet würde; es könne seine Aufgabe nur dann vollständig lösen, wenn in diesen Punkten Wandel geschaffen würde.

Staatsanwalt und Reliquienverehrung. In der Gerfurter Tribüne waren Mitte Juni unter der Epimarkte eine Portion Mittelalter die Bestimmungen abgedruckt worden, die das Kadener Kollegiatenstiftshaus über die Ausstellung der Reliquien erlassen hatte. An diesen Reliquie knüpfte unser Vortelblatt ein paar Verse aus dem alten fröhlichen Burschenliede von der „Freifrau von Droste-Bühning“, die zum heiligen Noth nach Trier gins.“ und die Bemerkung, daß das Reichsgericht die Reliquienverehrung zu einem durch das Privilegium des § 166 Reichsstrafgesetzbuchs geschützten Gebrauch der katholischen Kirche erklärt habe.

Daraufhin ist von der Staatsanwaltschaft gegen den verantwortlichen Redakteur der Tribüne das Strafverfahren aus § 166 des Str.-G.-B. Beschuldigung einer mit Sorporationsrechten innerhalb des Bundesgebietes bestehenden Religionsgesellschaft und ihrer Einrichtungen und Geschäfte, eingeleitet worden. Auf das gerichtliche Erkenntnis davon gelangt man, nachdem der Kieler Reichsbischof Fricker selbst die Unschädlichkeit der Kadener Reliquien als möglich zugestanden hat.

Der Reliquienverehrungszweck in Höchst ist „verurteilt“ worden. Er hatte Baumunternehmer zu Uebertragungen der kanonischen Vorschriften aufgeführt und an anderen Neubauten gebildet, daß solche Vorschriften nicht befolgt wurden. Dierethals angeklagt, wurde er vom Schöffengericht freigesprochen, obwohl das Gericht, wie er in der Urteilsbegründung heißt, der Ansicht ist, daß höchstwahrscheinlich die gegenwärtigen Zustände auf den Bauten auf Anordnung und Bestimmung des Reliquienverehrers ausgeführt worden sind. In einem Falle sei es so, ja bestimmt erwiesen. Trotz alledem kam, wie bemerkt, das Schöffengericht zu einer Freisprechung und legte die Kosten der Staatskasse zur Last.

Der Deutsche Glaserstag in Chemnitz beschloß gestern, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß Glaserarbeiten für Staatsbauten allein an selbständige Glasermeister, und große Aufträge in Vole geteilt, vergeben werden, damit auch kleinere Meister mit konkurrieren können. — Weiter wurde beschlossen, die Reichsregierung zu eruchen, die schlimme Lage der Industrie nicht durch Zuschüsse, noch mehr zu gefährden, sondern auf den Abschluß günstiger Handelsverträge Bedacht zu sein. Als Text zur Abhaltung des nächstjährigen Glaserstages wurde Würtzig bestimmt.

Wegen Zittlichkeitsverbrechen ist der Amtsanwalt Max Wode zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Die Strafkommission in Neustadt (Oberhesseln) erkannte auf eine Jahresstrafe von weiteren 1 1/2 Jahren Zuchthaus, weil Wode als Vorstandsmitglied der evangelischen Kirchengemeinde 2500 M. Kirchengelder unterschlagen hat. Wode war sehr kirchenfromm.

Das amtliche Ergebnis der Baireuther Reichstagswahl lautet: Professor Jagen (nat.-lib.) 8543, Vogel (Sozialdemokrat) 7623 Stimmen.

Ein weiblicher Zimmungsmeister. In Bamberg hat ein Fräulein Marie Führ von der Weister-Prüfungskommission die Meisterprüfung als Buchbinder bestanden. Die Ruffständische Behörde nicht bekannt, daß Fräulein Führ zur Führung des Meistertitels berechtigt ist.

Der Delegiertentag der Nationalliberalen wird vom 11. bis 13. Oktober in Gienand stattfinden.

Wegen Kaiserbeleidigung, Diebstahls und Bettelei wurde in Glatz der schon sehr oft vorbestrafte Wälder Konrad Zineker zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Ausland.

Oesterreich. Zu der Grundwaldfeier, die mehrere Tage in Anspruch nimmt, ist auch eine sächsische Deputation unter Führung des Abg. Klossak in Grazau eingetroffen.

Frankreich. Die Kammer ist nach einer 40tägigen Session in die Ferien gegangen. Bei ihrem Wiederzukommen am 1. Herbst wird es jedenfalls zu heftigen Kulturkampfdebatten kommen. Die Vorgänge in den letzten Sitzungen haben schon einen kleinen Vorgeschmack davon gegeben. Der Nationalist Lafos brachte einen Antrag ein, daß die parlamentarische Unverletzlichkeit auch während der Ferien aufrecht erhalten werden solle. Die Verteidigung der Rechte der Parlamentsmitglieder durch die Reaktionen ist leicht erklärlich; dieselben wollen Demonstrationen gegen die Schließung der Ordenshöfen veranstalten und wünschen dazu die Unverletzlichkeit ihrer Person. — Die Schließung der nicht autorisierten Ordenshöfen nicht erlassen werden wird von den Behörden überall durchgeführt. Hier und da kam es freilich auch vor, daß sich einzelne Ortsbehörden dem diebestgehigen Minister-Erlaß nicht fügten. So mußte z. B. der Bürgermeister von St. Julien, Molin Molete, vom Maire-Präsident seines Amtes entbunden werden, weil er sich weigerte, die in seinem Orte befindliche Ordensniederlassung zu schließen.

Italien. Was der Militarismus verflingt. Ein großer Teil des italienischen Volkes hungert oder muß im Auslande sein Brot zu verdienen suchen. Die Nachbarn verschleudern aber jahrelang, ja, wie übrigens auch in allen anderen Kulturländern, Millionen auf Millionen, um den Zustand des bewaffneten „Friedens“ aufrecht zu erhalten. Und diese Millionen werden vollständig nutzlos geopfert. Das beweist folgende Meldung: Auf Anfrage der parlamentarischen Kommission für die Militärverordnungen erklärte der Kriegsminister, daß die Fortschritte der militärischen Technik die Ausrüstungsfähigkeit von folgenden Waffenstücken notwendig machten: von 600 000 Gewehren mit Bajonett, Modell 70/87, mit 48 Millionen Kugelpatronen; von 120 Kanonen Kaliber 9, mit entsprechenden Patronen und Munitionswagen und 150 000 Projektilen; von 500 Feldartilleriewagen Kaliber 7, mit Patronen und Wagnen sowie 50 000 Projektilen, und endlich von 170 Gebirgsartilleriegeschützen Kaliber 7 mit Munitionskisten und 17 000 Projektilen!

Rußland. Hinter den Kulissen der deutsch-russischen Freundschaft. Die schmutzige Spionengeschichte des Leutnants Grimm dürfte noch in aller Gedächtnis sein. Der alte hatte nicht nur wirklich Verrat getrieben, sondern auch, um noch mehr Geld herauszuschinden, gefälschte Pläne von russischen Festungen, Mobilmachungen, u. s. w. angefertigt und die aus dem Ausland verkauft. Als Grimm verhaftet wurde, hieß es in Deutschland, daß er mit der deutschen Regierung nicht in Verbindung gestanden habe. Kürzlich veröffentlichten nun russische Blätter einiges aus dem Gerichtsverfahren gegen Grimm und man muß dabei berückichtigen, daß in Rußland nur das veröffentlicht werden kann, was die Regierung erlaubt. Diese russischen Veröffentlichungen belegen: Grimm soll ein umfassendes Geständnis abgelegt und erklärt haben, daß er zu dem Verrat durch einen höheren deutschen Generalstabsoffizier, dessen Bekanntheit er in Wiesbaden gemacht habe, verleitet worden ist. Er habe, bevor er seine „Informationen“ herausgab, ein England von 10 000 M. erhalten und nach Ablieferung der ersten beiden Pläne eine weitere Summe von 50 000 M. Im Laufe von drei Jahren habe er so mehr als 300 000 Rubel bekommen, aber das meiste hiervon wieder im Spiel verschleudert oder zur Bezahlung aller Schulden verwendet. Das Urteil, lautet auf Entfernung von seinem militärischen Range und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, zwölfjährige Zwangsarbeit auf der Insel Sachalin und nach Abfüllung dieser Strafe lebenslängliche Verbannung nach Sibirien.

Rußland soll übrigens eine Summe von 14 Millionen Rubel für die Anlage neuer Befestigungen und für den Bau einer dritten Brücke über die Weichsel bei Warschau, welche durch die Ausarbeitung neuer Mobilisierungspläne notwendig wird, ausgeben werden haben.

— **Rebelle** unter den Priesterknechten. Die Wiener Arb.-Ztg. teilt ein für aus Rußland ausgehendes gebietetes Rundschreiben des Rektors des geistlichen Instituts in Moskau mit, worin auf die in den geistlichen Seminaren in Moskau sich findende revolutionäre Bewegung aufmerksam gemacht wird und die Eltern der Zöglinge aufgefordert werden, alle notwendigen Maßnahmen gegen die Bewegung zu ergreifen. — Die

Stote a 50 Bgr. unter den Aufstich gekehrt, um sich dieselben rechtzeitig anzueignen. Der Staatsanwalt hatte 1 Monat Rechtsmittel beantragt.

Der Sander-Prozess.

34. Sitzungstag.

Nach Eröffnung der Verhandlung am Dienstag ergreift Rechtsanwalt H. H. den Vorsitz über die Angelegenheit des Angeklagten Eduard Schmidt und erklärt, daß er sich aller rechtlichen Ausführungen seiner Verteidiger voll annehme. Er geht dann auf die einzelnen Punkte der Anklage ein und beantragt schließlich die Freisprechung, da überall da, wo die Unschuld des Angeklagten Edwin Schmidt nicht voll erwiesen ist, doch ein non liquet vorliegt. Es folgt das Plaidoyer des Anklägers Wobler zu gunsten des Angeklagten Vorwärts, das gleichfalls mit dem Antrag auf Freisprechung des Angeklagten Vorwärts schließt. Nach einer kurzen Pause ergreift Justizrat Steen für den Angeklagten Eduard Schmidt das Wort und geht zunächst mit den Reorganisations-Maßnahmen scharf ins Gericht und schließt seine Ausführungen damit, daß eine solche Aufgabe des Gerichts sei, den Namen des völlig unzulänglichen Angeklagten zu rehabilitieren und ihn freizusprechen. Sollte der Gerichtshof wider Erwarten zu einem Schuldspruch kommen, so müßte dem Angeklagten die gesamte Unterjurisdiktion angedreht werden. Justizrat Kleinholz kann dem ausführlichen Vortrag des Justizrats Steen nur wenig hinzufügen. Er geht jeden einzelnen von der Anklage geltend gemachten Gesichtspunkt durch, um nachzuweisen, daß in keinem dieser Punkte eine unrichtige Beurteilung vorliegt. Sollte der Gerichtshof doch den einen oder anderen Punkt herausfinden, so werde der Angeklagte Eduard Schmidt sagen müssen: Ach, beuge mich der Justiz, aber ich bin und bleibe ein Ehrenmann. Darauf vertritt der Vorsitzende die Fortsetzung und Beendigung der Plaidoyers auf Mittwoch.

Leipziger Bank-Prozess.

In der Verhandlung am Dienstag sagt Neuge Sekretär Witke, der von den Kontroversverwaltungen der Leipziger Bank und der Treuhandgesellschaft sowie dem sächsischen Finanzministerium beauftragt war, Erhebungen über die Erhaltung und Bewertung der Anlagen der Treuhandgesellschaften anzustellen und darüber Bericht zu erstatten, aus es dürfte die mit sechs Millionen Rubel gegründete russische Gesellschaft ihrem heutigen Wert nach einem Kapital von 1800000 Rubel entsprechen, wenn die entsprechenden Abfälschungen vorgenommen werden. Das Geld bei der Gründung der russischen Gesellschaft hat die Bank vorgezogen. Im Jahre 1901 wurde die russische Gesellschaft mit 2 Millionen Rubel gegründet. Man erlangte bald ohne Grund und Boden, der ursprünglich 30000, dann 60000 Rubel wert war, für 1600000 Rubel und nach 400000 Rubel bar gegen Anleihe aus. Den wirklichen Wert der russischen Gesellschaft schätzte man auf 530000 Rubel. Die Verhältnisse liegen trostlos und die laufenden Ausgaben werden von den Beteiligten bestritten. Die russische Gesellschaft, mit 1850000 Rubel gegründet (von der Leipziger Bank mit 3000000 Mark befristet) hat bei heftigen Vorkämpfen gearbeitet und überflüssige große Schuldschulden übernommen. Bei der Liquidation dürften etwa 100-120000 Mark Restwert bleiben. Die Gesellschaft in Preußen, mit 3000000 Rubel gegründet, dürfte vielleicht einen Erlös von 3000000 Rubel bringen. Dabei ist noch ein Verzicht von 1000000 Rubel einbezogen, den die Kontroversverwaltung der Leipziger Bank gegeben hat, um den Betrieb auf-

recht zu erhalten. Die zwei russischen Gesellschaften, mit 3700000 Rubel gegründet, repräsentieren nach Witke einen Betriebswert von 500000 bis 600000 Rubel, wenn man eine Rente von 5 Proz. kapitalisiert.

Neuge Vorsitzend Dr. Mittelhadt, der die Voruntersuchung geführt hat, geht zunächst auf die Angelegenheit der von ihm ausgeführte Beschlagnahme von Briefen aus der Privatkorrespondenz der Direktoren der Bank und erklärt dann, daß alle Mitglieder des Aufsichtsrats, vielleicht mit Ausnahme des Dr. Freiberger, gemustert hätten, daß der bekannte Artikel der Zeit. Sig. über das 25 Millionen-Schulden bei der Treuhandgesellschaft nur ein Teil der Wahrheit gewesen sei. Der Neuge erklärt weiter, daß nach viele Briefe zur Ergänzung der vertraulichen Korrespondenz zwischen Leipzig und Kassel fehlten. Aus den vorliegenden Briefen werde ein falsches Gewissen. Auch durch Buchungen seien vielfach Erhebungen vorgenommen worden.

Nach weiteren Aussagen eines anderen Sachverständigen über die in Leipzig und Kassel ausgeführten komplizierten Buchungen wird die Verhandlung auf Mittwoch übernommen.

Veranlagungsberichte.

Leipzig bei Zeit.

Trotz der zahlreichen Schülenseite und anderen Vergünstigungen, die in der Umgebung abgehalten wurden, war die Veranlagung am Sonntag nachmittag in welcher der Reichstagsabgeordnete Ad. Thiele, Halle über unsere Kraft und unsere Ziele sprach, recht gut besucht. Der 1/2 stündige Vortrag wurde mit sehr lebhaftem Beifall aufgenommen und hatte den Erfolg, daß eine ganze Anzahl der Anwesenden der politischen Organisation beitrug. Am Schlußwort legte der Redner recht anschaulich klar, wie häufig es von einem Arbeiter wäre, wenn er nicht organisiert, weil er in vermeintlicher Ehrlichkeit denkt: Was die organisierten Kameraden erreichen, wird auch dir zu gute kommen, ohne daß du ein Dyer zu bringen brauchst und ohne daß du beim Unternehmen ansetzt. In das Licht auf die internationale Sozialdemokratie, mit dem der Vorsitzende die Veranlagung schloß, stimmten alle Anwesenden mit freudiger Begeisterung ein.

Weihensfels.

Vorigen Sonnabend sprach im Sozialdemokratischen Verein Gen. Beigmann in Halle über Arbeiterleben, Sozialismus und Sozialdemokratie, nachdem der dahngeleitete Genosse Gen. Schmidt und Witke geäußert worden war. Beigmann erklärte die Begriffe Demokratie, Aristokratie und Monarchie und das Verhalten der bürgerlichen Parteien zur Arbeiterbewegung, die nur in der Sozialdemokratie ihre wirkliche Vertretung findet. An den beifällig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion.

Nach dem Vortrage wurde zur Sprache gebracht, daß verschiedene Bürger durch Zufahrt vom Rathause mitgeteilt wurde, daß sie ihr Bürgerrecht verloren hätten, da ihr Einkommen die erforderliche Höhe nicht mehr habe. Mehrere Genossen haben gegen dieses Verbot Einspruch erhoben und nachgewiesen, daß eine Änderung ihrer Einkommenverhältnisse nicht eingetreten sei und daß nach allen Abzügen ihr Einkommen die erforderliche Höhe von über 600 Mk. beträgt. Trotzdem wurde sie mit ihrem Einspruch zurückgewiesen. Da sich dieses Vergehen ganz erheblich gegen das Verhalten anderer Genossen, sich in der Evidenzmanu betruet zu sehen, richtet, denn nicht wäre es unverständlich, daß man trotz des erbrachten Nachweises bei der Bürgerentziehung beharrt, fordert der Vorstand des Soz. Vereins hiermit alle Genossen, welche von der Bürgerentziehung betroffen sind, auf, sich bei dem Vorsitzenden,

Genossen Rednaegel, behufs Bekretung des Antrages zu melden. Die entscheidenden Stimmen trägt der Sozialist Verein. Ferner wird bekannt gegeben, daß die Bürgerlisten vom 15. bis 31. Juli ausliegen und daß jeder Genosse sich überzeugen möge, daß er bei der Enttragung nicht dargehen ist, da von der Enttragung das Wahlrecht abhängt. O. J.

Achtung, Parteigenossen!

In allen Städten müssen in der zweiten Hälfte des Monats Juli die Listen der bei den Stadtverordnetenwahlen stimmberechtigten Bürger zur Revision ausliegen. Jeder hat das Recht, Einsicht in die Listen zu nehmen und sich zu überzeugen, ob sein Name mit aufgenommen ist. Findet er seinen Namen nicht, obwohl er die Wahlberechtigung besitzt, so hat er seinen Antrag, in die Liste aufgenommen zu werden, sofort zu Protokoll zu geben.

Briefkasten der Redaktion.

Teufenthal. 1. Arendt 18210, Großte 2680, der Freireisende 2307. 2. Ja! Aber das Eintrittsgeld muß für alle Parteien gleich hoch sein. Die feste Bestimmung trifft aber nur für die Parteimitglieder, nicht für Vergünstigten. 3. Beide zusammen, der Gebirgs- und der Seereis, bilden einen Reichstagswahlkreis, aber zwei Landtagswahlkreise. 4. Besser ist, die Angehörigen thun das; der Betriebsführer muß den Unfall der Polizei melden.

G. G. Nach Ihrer Darstellung unterliegen Sie der Verhaftung durch den Unternehmer, doch ist die Grenzpolizei Heimarbeit und selbständigem Handwerker namentlich in Ihrem Verstehe so schwer zu sehen, daß Sie gut thun, die Frage dem Gewerbeinspektor vorzulegen.

G. G. in B. Nein, das darf er nicht. Gehen Sie auf das Amtsgeschäft, bei dem die Sache anhängig ist, und erheben Sie Einspruch. Allerdings müssen Sie gewarnt sein, daß Ihre Gegner die mündliche Vereinbarung bestritten.

G. G. in B. Ihr Gedicht ist recht warm empfunden, doch wird wohl besser von seiner Veröffentlichung abgesehen, damit nicht faule Verleumdungen wieder aufgerissen werden.

Leipzig. Für Parteizwecke: Ueberzählung von einer Kranzrede 408 Mk. Ebel. Arbeiter-Sekretariat, Halle a. S., Geißeustraße 21, 1. Hof rechts. Geöffnet nur Werktagen von 9 1/2-1 1/2 und 4-8 Uhr. Sonnabend nachmittag geschlossen.

Unentgeltliche Auskunftserteilung in gewerblichen Streitigkeiten, über Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditäts-Versicherung, über Arbeitergesetz, Vereins- und Veranlagungsrecht u. u. über das Schriftinspektorat u. i. w.

Schreibern des Arbeiter-Sekretariats nur Wochentags von 9 1/2-1 1/2 und 4-8 Uhr. Answärtigen Anfragen ist stets Briefmarken als Rückporto beizufügen. Verantwortlicher Redakteur: Ad. Thiele in Halle.

Rasberg.

Sonntag den 20. Juli 1902 nachm. 3 Uhr im Gasthaus des Herrn Wenzl (Brauerei)

gr. öffentl. Volksversammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Adolf Thiele, Halle, über: Die politische und wirtschaftliche Lage. 2. Verschiedenes. Eintritt 10 Pf.

Zu dieser Versammlung sind alle Männer und Frauen von Rasberg und Umgegend eingeladen.

M. Borcks Gartenlokal, Kurze Gasse.

Morgen Donnerstag

Abendliedertafel vom Deutschen Gesangverein.

Zeit. Bäckerei-Eröffnung. Zeit. Einer geehrten Arbeitergesellschaft von Zeit u. Umges. die ergebene Anzeige, daß ich, Altenburgerstr. 55, eine

Bäckerei und Konditorei

errichtet habe. Ich bitte um geneigte Berücksichtigung, indem ich für schmackhafte Ware und reelle Bedienung stets bemüht bin. Mein Geschäft befindet sich in der Altenburgerstr. 55, bei den 15. Juli 1902. Bestellung auf Lieferung erwünscht.

Zeitler Bade- u. Massage-Anstalt

Bestalozzistraße. Gustav Scholz. Bestalozzistraße. Geöffnet von früh 7 Uhr bis abends 8 Uhr.

Arb.-Sänger-Chor, Zeit.

Seute Mittwoch keine Eingetunde. Sonntag den 20. Juli 1902 nachmittags 3 1/2 Uhr

General-Versammlung

im Felsenkeller. Alle aktiven wie passiven Mitglieder haben zu erscheinen. Der Vorstand.

Seute Donnerstag Schlachte-Fest.

Seute Freitag Schlachte-Fest. W. Hitzsche, Zeit, Raffstr. 23

Seuten erkiehen: Wahrer Jakob

Nr. 15. Preis 10 Pf. Zu beziehen durch sämtliche Ausdräger und

Die Volksbuchhandlung.

Geistige Mäntelnäherinnen. Gebr. Serzau.

Walhalla-Theater.

Direktion: Richard Habert. Ab Mittwoch den 16. Juli

Gastspiel

des rühmlichst bekannten Leonhardy Haskel-Ensembles.

Erstklassige Burleske-Gesellschaft 4 Damen, 6 Herren. Wechselnde Programme. Heute und folgende Tage:

Der Lumpenball.

Große Burleske mit Gesang in 2 Akten. Unerbittlich am Komik. Hierauf:

Das Modell.

Burleske mit Gesang und Tanz in 1 Akt.

Sonntag über 1500 Aufführungen Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Apollo-Theater

Direktion: Gustav Poller am Friebech, nächste Nähe des Hauptbahnhofes. Heute den 16. Juli abends 8 Uhr

Der neue amantente Spielplan!

Romulus-Trio, mod. Kraftakt mit völlig neuen Tricks. Mr. Zeltz,

der urförmliche Jongleur. Schwestern Zahareita, Musical. Klönneffen. Prolongiert.

Fifi Tosca's leb. Aquarellgemälde nach berühmten Meistern. 5 Damen, 2 Herren. Lola Lieblieb,

Vortragsjoubrette par excellence. Edi Blum, genannt Schwächer, Salonhum.

Erna Rolla, Kollium-Soubrette. Anfang 8 Uhr. Ende gen. 11 Uhr.

Gekrönte Häupter.

Zur Naturgeschichte des Absolutismus.

- 1. Katharina II. von Rußland. Konfiziert gewesen. 2. August der Starke, Kurfürst von Sachsen. Konfiziert gewesen. 3. Papst Alexander VI. 4. Karl Leopold von Mecklenburg. 5. Ludwig XIV. von Frankreich. 6. Philipp II. von Spanien. 7. Friedrich Wilhelm II. von Preußen. 8. Heinrich VIII. von England. 9. Geirabeth von Rußland. 10. Louis Philippe von Frankreich. 11. Papst Julius II. 12. Friedrich II. von Preußen. 13. Caligula. 14. Ludwig XV. von Frankreich. 15. Friedrich Wilhelm IV. 16. Ivan der Schreckliche von Rußland. 17. Jerome, König von Westfalen. 18. Isabella II. von Spanien. 19. Wilhelm II. von Hessen. 20. Nero. 21. Karl I. von England. 22. Karl Eugen von Württemberg. 23. Rudolf II., Kaiser von Deutschland. 24. Christian von Schweden. 25. Maria Theresia von Oesterreich. 26. Leopold II. von Belgien.

Jedes Heft 20 Pf.

Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Geißeustraße 21.

Fliegenfallen!!

Praktisch, sauber, billig. C. F. Ritter, Leipzigerstraße 90.

Postkarten

von Halle und 12 verschiedene Umgegend neue Ansichten.

Grossartige Ausführung. Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Geißeustraße 21.

Frauen und Mädchen,

welche das Mäntelnähen erlernen wollen, können sich melden bei Gebr. Serzau.

Junges Mädchen, welches Lust hat mit der Derrschafft nach London zu reisen bei 80 Thlr. Gehalt mit freier Fahrt. Näb. Körnerstr. 54 bei Frau Kubitz.

Möbelfabrik u. Magazin

31 Geißeustraße 31. Empfehle mein großes Lager anerkannt gut solid gearbeiteter Möbel- und Postkarten der Zeit anpassend zu billigen Preisen. F. Bergmann, Tischlermstr.

Speise-Kartoffeln

magnum bonum, sind wieder eingetroffen bei H. Köppe, Zeitstr. 50/51.

Das formelle Recht in Preußen.

Preis 75 Pf. Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Geißeustraße 21.

Merkbüchlein über das Recht im gewerblichen Arbeitsvertrag.

Preis 10 Pf. Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Geißeustraße 21.

Die Halle'sche Handelskammer.

Im Bericht werden noch der schon wiedergegebenen kurzen Erörterung der gewerbl. Arbeitsverhältnisse der Branchen aufgeführt, in welchen innerhalb des Reiches des Handelskammerbezirks die Arbeiterzahl eine Verminderung erfahren hat. Das sind: Mollerei, Walfabrikation und Bierbrauerei, Weizenmehlfabrikation, Tabak- und Zigarrenfabrikation, Holz- und Schindnerei, Eisenfabrik und Maschinenbau, Leder- und Felleinindustrie. In den Werken des Kohlenbergbaues und der Kohlenverwertung habe sich in der ersten Hälfte des Jahres bei manchen Werken noch Arbeitermangel geltend gemacht und während eines großen Teiles sei mit Überstunden gearbeitet worden. In der zweiten Hälfte sei ein Rückgang eingetreten und das Angebot an Arbeitern habe zugenommen. Gegen Ende des Jahres hätte man allerdings die Arbeitszeit verkürzen und Arbeiter-Entlassungen vornehmen müssen.

In der Weizenmehlfabrikation mußten zum Teil Lohnherabsetzungen stattfinden und wegen Mangel an Beschäftigten Arbeiter-Entlassungen, sowie eine Kürzung der Arbeitszeit vorgenommen werden. Warum die Lohnherabsetzungen stattfinden mußten, darüber schweigt sich der Bericht erklärend aus.

Zusammenhängend mit den Arbeiter-Entlassungen muß eine andere Stelle des Berichtes registriert werden, in welcher es heißt: Die abnehmende Kaufkraft der Bevölkerung wirkte namentlich auf den Mehl-, Bier- und Fleischverbrauch ein. Als Nahrungsmittel wurden Kartoffeln in merklich größeren Mengen verwendet; auch der Feingehalt Konsum hat zugenommen.

Während in der Bericht an der Hand der ihm von den Vertretern der Großindustrie unterbreiteten tatsächlichen Verhältnisse die entfeindlichen Wirkungen der Krise gegeben wird, heißt es mit Entschiedenheit über die Folgen der Arbeiter-Entlassungen und die verringerte Kaufkraft der Massen hinweg: Er ruhmert.

Wir befinden uns in einer Periode der Erschlaffung und des Darunternehmens unserer gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit. Dieser Niedergang ist eine natürliche Erscheinung in dem Bespiel der wirtschaftlichen Verhältnisse. Wenn auch keine Wirkungen in der Gegenwart unangenehm empfunden werden, so gibt er doch zu einer Verunsicherung über die dauernde Gesundheit unseres gesellschaftlichen Lebens seinen begründeten Anlaß, und läßt die Überdacht auf eine weitere kräftige Aufwärtsentwicklung des Lebens unerwartet. Dieser Schwängeleingang auf unsere gewerbliche Zukunft muß nach den Klagen über den geschäftlichen Niedergang sehr selten sein. Es ist ein kapitalistisches Dogma, die sich in schlechten Zeiten damit tröstet, daß den schlechten Zeiten die guten folgen werden. Wenn nach dem Eintritte dieser kapitalistischen Ordnung dann wiederum eine absteigende Periode im Geschäftslieben folgt, rechnet man eben mit dem Untermächlichen. Nach uns ist die Ursache, daß die ganze abgrundtiefe Weisheit der ökonomischen Lehren des deutschen Bürgertums, das Gebühde der sozialen Umordnung und Ungerechtigkeit macht bereit demassen, daß man sich nicht getraut, ernstlich die Grundbesitzer auf ihre Selbstarbeit zu untersuchen. Man sitzt und schmiedet ein wenig herum und ist herzlich froh, nicht an den schlechtesten Zustand und die Kaufkraft des Gebäudes erinnert zu werden.

Den deutschen Arbeitern hat gerade die herrschende Krisis gezeigt, daß die kapitalistische Ordnung für sie nur eine Kette von Leiden und Entbehrungen ist. Wenn Tausende der Arbeitslosen nicht Gelegenheit haben, ihre Arbeitskraft zu verkaufen und dadurch ihr Dasein zu fristen, dann leidet es schließlich auch den indifferenteren Arbeiter ein, daß eine solche Ordnung untauglich und ihre Ersetzung durch eine neue und gerechtere eine Lebensfrage ist.

Auf diesen Pfad führt uns trotz seiner Oberflächlichkeit in der Darstellung der Halle'schen Handelskammerbericht. Er hat kein Wort des Bedauerns für die durch die Krise am meisten Geschädigten, er sucht nicht nach Mitteln und Wegen, um diesen den Übergang von den fetten zu den mageren Jahren leichter zu machen. Für ihn existieren nur die in Mitleidenschaft gezogenen Fabrikanten und Börsenleute. Alle anderen Glieder der menschlichen Gesellschaft sind nach Ansicht des Verfassers nur dazu da, um ihnen dienlich zu sein, wenn unser gewerbliches Leben nicht mehr existieren will. Eine es zu wollen liefert auch der diesjährige Bericht einen Beitrag zu der Barbarei des kapitalistischen Systems. Und Aufgabe der sozialkritischen Presse ist es, dieser beliebten Schönfärberei die Maske abzureißen und die Dinge in der nackten Wirklichkeit aller Welt zur Schau zu bieten — zur Aufwendung für alle jene, welche die heutige Wirtschaftsweise für eine gottgewollte und ewig währende halten und sie mit allen ihnen zur Verfügung liegenden Mitteln verteidigen.

Soziales.

Der Spion. Der Metallfabrikant Minter in Anklam hatte schon vor einiger Zeit eine Klaxa auf „Dramatische“ in seiner Fabrik veranlaßt und eine Anzahl von ihnen gemeinschaftlich zurückgebracht, wollte Minter auf alle Fälle sämtliche Beschäftigten ausmerzen. Der Former Mewing ließ sich als Spion in den Verband aufnehmen. Von den Kollegen aus der Minter'schen Fabrik, die gleichzeitig die Mitteilung erwarben, erhielten schon anderen Tags fünf ihre Entlassung. Der Vertrauensmann ließ die weiteren Mitgliederaufnahme so geheim als möglich vornehmen, so daß es selbst dem Mewing, der durch Erzählungen von seiner baldigen Entlassung aus der Minter'schen Fabrik sich im Vertrauen zu schließen suchte, nicht gelang, Namen von Neuzugeworbenen zu erfahren.

Am 9. Juli nachmittags, als der Vertrauensmann noch im benachbarten Garten an Arbeit war, übergraben nun zwei Knaben der Frau des Vertrauensmanns folgenden Zettel:

Einige Wir finden umständlicher von Ihnen gekommen; wir sind bei abend in der Weiziger Allee. Da ich heute abend noch mehrere wichtige Aufnahmen habe, so überbringe ich durch diesen Knaben vier Annahmehelme und mein Kontrollbuch. Gleich nach 8 Uhr bin ich zu Hause.

Am Abend erfährt die Frau durch ihren Mann, daß sein Sterbenswörtchen an der Schwere wahr gewesen ist. Man hat sich durch infamen Betrug und Urkundenfälschung in Besitz des

Kontrollbuchs und der Mitgledernamen setzen wollen. Mit Hilfe der Knaben wurde die Zwischperson, die für die Bestellung des Zettels den Knaben 1.20 M. ausgehakt hatte, ermittelt. Daß ein Meister in der Minter'schen Fabrik Einblick in die Schriftstücke genommen hatte, ist aus seiner über Nacht genommenen sonderbaren Kenntnis von Verbandsbüchern zu schließen. Seitens der Polizeibehörde ist sofort der ganze Fakt bestanden protokolliert festgehalten worden und es wird sich demzufolge die Staatsanwaltschaft mit den Treuebedienten des Former Mewing beschäftigen.

Die Organisation hat aber durch ein neues Eintrittsverfahren die Geheimhaltung der Namen gegen alle künftigen Schliche absolut sichergestellt.

Lokales und Provinziales.

Zeit auf der Hut, Arbeiterinnen!

Wiederum geht uns von mehreren Seiten die Frage zu, daß in den letzten Tagen durch Preissteigerungen auswärtiger Buchhandlungen bei Arbeitern und Arbeiterinnen der Versuch gemacht worden ist, durch allerlei Wiederholungen den Einkauf teurer Bücher zu erwirken. Wir wiederholen deshalb die schon oft erteilte Warnung, daß sich Arbeiter und Arbeiterinnen in ihrem eigenen Interesse unter keinen Umständen dazu verleiten lassen dürfen, einen **Bestsellbrief zu unterschreiben**. Ist der Bestellschein einmal unterschrieben, so giebt es kein Zurück mehr. Der Arbeiter, die Arbeiterin muß dann das Werk abnehmen, und wenn die Ratenschulden nicht eingekantet werden, dann wird alles Pfändbare genommen. Einmalige bestellwürdige Zusicherungen, die der Besende in Aussicht gegeben hat und welche in dem betreffenden Briefchen die Buchhandlung wieder so nicht streng nehmen, wenn eine Ratenschuldenzahlung einmal ausbleibt, haben nicht den mindesten Wert. Uns ist ein Fall bekannt, daß ein hiesiger Metallarbeiter, der durch Arbeitslosigkeit außer Stande war, die Ratenschulden fortzusetzen, auf ein Werk von 22 M. bereits 14 M. bezahlt hatte, daß er dann wegen des Restes von 8 M. verhaftet wurde und daß ihm alles in allem 56.35 M. Kosten entfielen. Der arme Mann ist dadurch fast um seine Wirtschaft gekommen, die er sich in lediger Ehe mit seiner Frau von Woche abgedarbt hat.

Wir können nichts weiter tun, als unsere Leser und Leserinnen immer wieder warnen, bei fremden fremden Büchern zu bestellen. Wird unsere Warnung in den Wind geschlagen, sind eigene Arbeiter und Arbeiterinnen so charakteristisch, daß sie sich trotz allem, was darüber schon geschrieben worden ist, überreden lassen, dann müssen sie eben die schweren Folgen tragen.

Wer teure Bücher kaufen will, ohne daß er in der Lage ist, den Preis auf einmal zu erlegen, der wende sich an unsere Volksbuchhandlung, Gehestraße 21, die in der Lage ist, die Bücher noch billiger zu liefern, da sie keine teuren Reisenden unterhält, die aber gegen Mißbrauch nehmen wird, wenn der Arbeiter in eine Notlage gerät.

Auf der Menschengagd.

Der bekannte Händler mit Menschenharen, der Streifbrennermeister Otto Thomas von hier, betreibt sein unmoralisches Gewerbe noch immer und hat den Schauplatz seiner Tätigkeit jetzt nach Braunschweig verlegt. Dagegen ist der Zimmererstreik beendigt, aber die Meister weigern sich, die Streikenden wieder einzustellen, obwohl Arbeit in Hülle und Fülle vorhanden ist. Und das hat seinen guten Grund. Sie wollen es die Streikenden füttern, welches Verbrechen sie begangen haben. Dafür suchen sie von auswärtigen Zimmerer heranzuziehen, und ihr Widersacher ist dabei Otto Thomas von Halle. Am vorigen Freitag las man in den Dresdener Neuesten Nachrichten folgendes Zitat:

30 Mann arbeiten. Gelesen sind, bei 50 Pf. Stundenlohn dauernde Arbeit. Die ersten in Heimkehrer erbittet Otto Thomas, Zettelgenosse, in l. Bantand, Halle a. S., Brief Nr. 20.

Ein Dresdener Zimmerer erkundigte sich nun bei Thomas nach dem Orte, für welchen die 30 Zimmerer gebraucht werden. Thomas antwortete:

Herrn — — — Ihre Karte erhalten, daher bitte, sich mit Ihrem Kameraden Montag d. 14. Juli bei mir für sie zu melden. Die Arbeit ist in Braunschweig, Halle a. S., Brief Nr. 20.

Ob sich der Dresdener Zimmerer in Halle getraut hat, konnten wir nicht erfahren. Aufsehend hat er denn Thomas nur eine Falle stellen wollen und dieser ist auf den Keim gegangen. Sonst würde die Karte wohl kaum in die Öffentlichkeit gelangt sein. Thomas war auch bei der hiesigen Auslieferung „hätig“, wo immer Streifbrenner gesucht werden, bietet er seine schätzenswerte Kraft an. In Braunschweig beschäftigen zudem die Unternehmer, die Ausständigen durch die Bezahlung eines Stundenlohnes von 50 Pf. an die Streifbrenner noch besonders zu treffen, da sie den Eingehängigen 45 Pf. angeboten haben. Unser Halle'scher Mitbewohner Thomas ist dadurch in die Lage gelangt, noch erfolgreicher seinen Menschenhandel ausüben zu können.

Submission. Die Kleinrentarbeiten zum Neubau des Hofes für Obdachlose sollen im Wege der Wettbewerbung vergeben werden. Angebote sind bis Sonnabend, den 19. Juli, vormittags 10 Uhr an dem Stadtbauamt einzureichen, woselbst die Bedingungen und Zeichnungen ausliegen, auch die Verbindungsanschlüsse entnommen werden können.

Der Stadtbaurat. Genszmer. * Zu der Verbrüderung des Kindes in der Thorstraße ist nachzutragen, daß die Eltern, als das Unglück geschah, das Mittangehen in der Küche ergriffen und keine Annung hatten, daß der im Bette liegende Kleine Streifbrenner erwischt hatte. Seine Leiche hatten Feuer gefangen und dadurch geschah das entsetzliche Unglück.

Erhörungen wollte sich am Montag abend auf dem Nordfriedhof der Arbeiter Franz Kemecke, Friedhofsarbeiter schreiten im verstorbenen ab.

Aus der Patentliste des Bureau's Sney & Wättner, welches auch unsere Verten in Patent, Gebrauchsmuster- und Warenzeichen-Angelegenheiten solchen Auskunfts erteilt. Patente haben ausgemacht: Georg Joosmann, Berlin, und Paul Schulze, Genuer. Auswärtiger, ihm herausgegeben aus dem Reichspatentamt sich selbstständig schließender Einzelfolgen.

Gebrauchsmuster-Anmeldungen: Franz Bombe, Halle; Dampfüberheber, — Richard Kreyer, Hülsm (Dersdorf) und Leopold Klonte, Halle; Schloßaufhängendes Schienenschiebe — Max Matthaei, Halle; Tafeleget (Serrierbreit), — Fritz Bieger, Zeitz; Schraubenzwingen, — Friedr. Naumann, Halle; Druckvorrichtung zur Veränderung von Wasser aus Brunnen, Zeitz oder Behältern. — Karl Friesleben, Halle; Gefäßverhältnis.

1. Masberg 5. Febr. Eine öffentliche Volksversammlung wird hier nach längerer Zeit wieder abgehalten werden, und zwar am Sonntag, den 20. Juli, nachm. 3 Uhr im Gasthaus des Herrn Wendt (Brauer). Der Abgeordnete unseres Kreises, Genosse Ed. Thiele-Halle referiert über die politische und wirtschaftliche Lage. Alle Männer und Frauen von Masberg und Umgegend sind zu dieser Versammlung eingeladen; freie Diskussion ist jedermann zugänglich. Also auch die Gegner der Arbeiterbewegung können in die Versammlung gehen und dort ihren Standpunkt darlegen. Es muß ihnen ja daran liegen, die Arbeiterkraft für sich zu gewinnen, wenn sie — — — Arbeiterkraft zeigen, was sie sich von den Gegnern zu erwarten hat. Volksversammlungen sind der Ort zur Aussprache, wer sie feigt, will im Trüben fischen. Das aber wird die Arbeiterkraft verhindern.

1. Wühlberg. Zur Sache gegen die Konsumvereine. Durch ein Flugblatt, das uns dieser Lage in die Hände fiel, ist unter anderem noch lidenhaftes Wissen wieder etwas befreit worden. Aus dem Flugblatt geht hervor, daß in — Berlin ein Verein existiert, der den höchsten Namen führt: Verein zur Aufführung über das Konsumvereins-Untersuchen. Aufsehend bringt der Verein in den folgenden Dingen ein, wo die Kräfte es verstanden, sich zu wohlhabenden Bürgern heraufzujuchseln, oder aus nacheligen Gründen es unterlassen, Flugblätter gegen die Konsumvereine zu schreiben. So scheint es u. a. auch hier zu sein. In Potsdam ist vor einiger Zeit ein Konsumverein errichtet und am 1. Juli d. J. die Verkaufsstelle eröffnet worden. Jetzt kommt der Berliner Aufklärungs-Verein und überbietet durch die Post jeden Hausbesitzer mehrere eigens angefertigte Flugblätter, in welchen die alten Wärdigen gegen die Genossenschaftsbewegung neu aufgeführt werden. Einige Proben seien hier angeführt. Es heißt in der Aufklärung:

1. Wer sind die Gründer?
2. Welche von verworrenem Parteihafte erfüllte Männer usw.
3. 2. Wer ist der Leiter des Unternehmens?
3. Ein Korbmadler und sozialdemokratischer Schlemper u.
3. Zu welchem wahren Zwecke ist das Unternehmen gegründet?
3. In welchem wahren Zwecke ist das Unternehmen gegründet?

3. In welchem wahren Zwecke ist das Unternehmen gegründet? — — — Beträge zulassen lassen zu können.

4. Kann das Unternehmen den Mitgliedern Vorteile bringen? Nein! — — — und so weiter.

Sier wird nun angeführt, daß der Konsumverein mit schlechten Waren, hohen Verkaufspreisen, hohen Unkosten operieren müßte, daß dagegen die Händler die besten Waren zu niedrigeren Preisen verkaufen. Der hat noch der Schreiber des Flugblattes die Rollen vertauscht. Weiter wollen die Kräfte jetzt 5 Gros, Rabatt gemähren. Schließlich wird auf den — Vorteil der Kreditgewährung aufmerksam gemacht, den Konsumvereins-Mitgliedern soll derselbe nun auch verbiert werden.

Die Gewerbetreibenden in Potsdam sollen mit wenigen Ausnahmen kapitalkräftig sein, dagegen soll der Konsumverein auf kapitalistischen Füßen stehen. Man frage doch einmal darnach, wo das Kapital hergekommen ist. Sind es denn nicht fast durchwegs zu viel bezahlte Großden beim Waren-Verkauf, die große Masse zusammengebracht hat? Wozu ist etwa das Annehmliche dazu, daß einige wenige kapitalkräftig werden und die große Masse arm bleiben und entbehren muß?

Doch was ist weiter mit diesen Leuten herumstreiten. Jedenfalls sorgen die Arbeiter von Potsdam und Umgegend dafür, daß der Konsumverein weitere Fortschritte macht und sollten auch die Kräfte 10 Prozent Rabatt besprechen. Diese überflüssigen Käder in der Maschinenerei müssen nach und nach verschwinden. Allem Ansehen nach haben die Potsdamer Arbeiter den selben Willen, ihren Verein hochzuhalten und weiter auszubauen, und deshalb sei ihnen zugeföhrt: Immer vorwärts auf der beschrittenen Bahn, ohne heimliche Hindernisse zu setzen.

2. Bitterfeld. Ein Parteifeld des Delitzsch-Bitterfelder Wahlkreises. Glücklich wurde das Proletariat haben, wenn es seine feste Feiertag, das dachten wohl die meisten Genossen, die am Sonntag das Parteifeld unseres Kreises mitfeierten. Nachdem vorige Woche das Wetter Tag für Tag unbehaglich war, brachte die Sonne am Sonntag im schönsten Glanze ein Zeichen, daß der Wettertag uns gnädiger ist als es mit uns manche Mitmenschen sind. Diese Nachfrage war es auch, welche die Delitzscher Genossen veranlaßte, so zahlreich mit Wein und Bier nach Bitterfeld zu pilgern, wo das Parteifeld stattfand. Der Gewerbetreibende (Börsen-Hor) war dem Tag entsprechende Breden hatten etwas zahlreicher können zur Stelle sein. Die Delitzscher Stadtkasse spielte ihre munteren Weisen, während die Gelagerebene Konfirmation-Schüler, die Vorwärts-Bitterfeld und Bismarck, die alle umliegenden Industriebörsen waren die Genossen zahlreich erschienen, nur die Bitterfelder Arbeiter hätten etwas zahlreicher können zur Stelle sein. Die Delitzscher Stadtkasse spielte ihre munteren Weisen, während die Gelagerebene Konfirmation-Schüler, die Vorwärts-Bitterfeld und Bismarck, die alle umliegenden Industriebörsen waren die Genossen zahlreich erschienen, nur die Bitterfelder Arbeiter hätten etwas zahlreicher können zur Stelle sein. Die Delitzscher Stadtkasse spielte ihre munteren Weisen, während die Gelagerebene Konfirmation-Schüler, die Vorwärts-Bitterfeld und Bismarck, die alle umliegenden Industriebörsen waren die Genossen zahlreich erschienen, nur die Bitterfelder Arbeiter hätten etwas zahlreicher können zur Stelle sein.

Glöbe. Die Steiniger haben den Streit befehlen, da der dortige Unternehmer die beidenden Lohnforderungen der erlernten nicht bewilligt hat und auch keine Abwägung gegen die Quantität der Steiniger durch eine Behandlung der letzteren befandte, die sich diese nicht länger bieten lassen

